

Paroli

Linke Blätter für Stadt, Landkreis und Universität
Ausgabe Nr. 17
Juni 2012

Klinikum zurück zum Land!

Geplante Übernahme durch Fresenius stößt Fenster für Rückkauf auf

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug die Nachricht von der geplanten Übernahme der Rhön-Klinikum AG durch den Gesundheitskonzern Fresenius in die Diskussion über die Zustände am Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) ein. Seit Monaten engagiert sich die Region gegen geplanten Stellenabbau. 25.000 Unterschriften wurden bisher gesammelt. Betriebsrat und Beschäftigte, BürgerInnen, kritische ÄrztInnen, Uni-Senat und KlinikdirektorInnen, die Stadtverordnetenversammlung, Gewerkschaften und Parteien sehen zunehmend die Privatisierung als gescheitert an.

Wie dramatisch die Situation am UKGM ist, davon durften sich Mitglieder der Fraktion Marburger Linke und der Kreistagsfraktion bei einem Gespräch des Betriebsrats mit Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im hessischen Landtag, ein Bild machen. Die Liste



▲ Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Janine Wissler (Mitte) und VertreterInnen der linken Fraktionen in Marburg und im Kreistag informierten sich am 6. Juni beim Betriebsrat des UKGM

der Missstände, so wurde deutlich, ist lang: eine ungenügende Personalausstattung bei steigenden Fallzahlen, eine hohe physische und psychische Arbeitsbelastung, befristete Arbeitsverträge, Unklarheit beim Rückkehrrecht, wachsende Erlöserwartungen der Eigentümer. Trotz der allgemeinen Unsicherheit geben die Beschäftigten tagtäglich ihr Bestes zum Wohle der PatientInnen.

Der Gesundheitskonzern Fresenius bietet 3,1 Mrd. Euro für Rhön. Die Sorge ist groß, dass Beschäftigte und PatientInnen die Zeche für die Übernahme zahlen müssen. Immerhin muss der Kaufpreis refinanziert werden. Dazu kommen die Renditeerwartungen der AktionärInnen.

Die Verträge zwischen Rhön-Konzern und dem Land Hessen sehen bei einem Weiterverkauf eine „Change of Control“-Klausel, d.h. eine Rückkehroption zum Land vor. Was vor einigen Monaten noch undenkbar schien, liegt jetzt zum Greifen nahe. Die Rückkehr des UKGM in öffentliches Eigentum. Für die Rücknahme würde der Verkehrswert veranschlagt werden. Könnten dem Rhön-Konzern „erheblichen und gravierenden Verletzungen der Vertragsverpflichtungen“ nachgewiesen werden, wären nur 70 Prozent des Verkehrswerts fällig.

Die Hessische Landesregierung trägt die Verantwortung für die gescheiterte Privatisierung mit ihren fatalen Folgen für Beschäftigte und PatientInnen. Durch das Übernahmeangebot ist ein Fenster aufgestoßen. Der Privatisierungsfehler kann korrigiert werden. Die Bereitschaft dazu scheint bei manchen verantwortlichen PolitikerInnen nicht besonders ausgereift. Kreativer und bunter Protest einer breiten Bewegung für die Rückholung unseres Klinikums können das ändern.

Jan Schalauske

Kommentar

Mit dem Beelzebub

Im Kampf um Märkte und Profite scheint es in der Gesundheitsbranche kein Halten mehr zu geben. Die Konzerne setzen auf gnadenloses Wachstum. Die Fresenius AG, einer der größten Krankenhausbetreiber Deutschlands, möchte nun die Rhön-Klinikum AG mitsamt dem UKGM schlucken. Bisher machte Fresenius vor allem mit seinen zum Konzern gehörenden Helios-Kliniken Schlagzeilen. Stellenabbau und Ausgliederungen prägen die Geschäftspolitik. So verloren im Berliner Klinikum Buch innerhalb von zehn Jahren nach der Übernahme über 1.000 MitarbeiterInnen ihren Job.

Die Privatisierungserfahrungen zeigen: Gesundheit darf keine Ware sein und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand. Letztere muss dafür hinreichend ausgestattet sein, um Krankenhäuser besser finanzieren zu können. Statt Ausgabenkürzungen, verordnet durch sog. Schuldenbremsen, brauchen wir eine Erhöhung der Einnahmen. Das große Geld muss angemessen zur Kasse gebeten werden. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde für das Land Hessen rund 1,2 Mrd. Euro Mehreinnahmen bedeuten. So könnte ein Rückkauf des UKGM locker finanziert werden.

Die Privatisierung war ein Irrweg mit fatalen Folgen. Ob Rhön oder Fresenius: Ein privater Klinikbetreiber ist dem Shareholder Value seiner AktionärInnen verpflichtet. Das UKGM, seine Beschäftigten und PatientInnen haben es nicht verdient, dass jetzt der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden soll.

Jan Schalauske

Fest der Linken
www.die-linke-marburg.de

SO., 24. JUNI, 16-21 Uhr
Unverdrossene WeltverbessererInnen feiern 5. Geburtstag

WAGGONHALLE, Marburg
Rudolf-Bullmann-Straße 2A

Poetry Slam: Bleu Broode, Bo Wimmer
Musik: Back to Back
DIE LINKE: Sabine Leidig (MdB), Ulrich Wilken (Landesvorsitzender)

DIE LINKE.
Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Eintritt frei

Stadthalle rechnet sich

Marburger Linke stimmt Sanierung trotz höherer Kosten zu

Um 6,5 Millionen Euro teurer als geplant wird die Sanierung der Stadthalle, des Erwin-Piscator-Hauses. Oberbürgermeister Egon Vaupel meint, dass man nicht alles unter rein betriebswirtschaftlichen Aspekten sehen dürfe. Allerdings ist das bei dieser Größenordnung auch nicht einfach. Dennoch: Das ist erstaunlich. Bisher hörte man es anders. Auch seiner Einschätzung, dass unser Land ohne seine Kultur, seine Dichter und Denker nicht da stünde, wo es heute steht, kann man beipflichten. Wünschenswert sollte diese richtige Feststellung aber auch in den Bereichen Wohnen, Leben, Arbeiten, Gesundheit und Sport sein!

Es verwundert sicherlich nicht, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung die Marburger Linke der Sanierung der Stadthalle zustimmte. Marburg entwickelte über Jahre mit allen Beteiligten ein gelungenes Konzept und verabschiedete dies auch trotz Preissteigerung. Aber dennoch gilt: Marburg braucht keine neue Eventhalle, sondern ein Raumangebot, das in die Stadt passt, welches den unterschiedlichen Ansprüchen und Angeboten möglichst aller gerecht wird.



Gerade hier punktet das ausgearbeitete Konzept. Es soll neben dem Landestheater zukünftig auch das KFZ mit einziehen und das Foyer soll vielfältiger und besser nutzbar sein. Ebenso soll „Marburg Tourismus und Marketing“ (MTM) in der Stadthalle sein neues Zuhause finden. Das Erwin-Piscator-Haus soll innerhalb des neu entstehenden Campus-Bereichs mehr zur Geltung kommen, die Innenstadt soll erlebbar und der Verkehr möglichst weit zurückgedrängt werden – eine „Erlebnis-Meile“ so Oberbürgermeister Vaupel. Man kann sicherlich darüber spekulieren, ob man den Preis ursprünglich zu niedrig ansetzte, um alle Kritiker mitzunehmen. Aber das Projekt lohnt sich.

Daneben müssen sich die Stadt und ihre Verantwortlichen aber die Frage stellen lassen, warum dieser Elan nicht auch im Bereich des Sportes möglich ist, für den Bau einer dringend erforderlichen neuen Halle. Neben den Schulen könnten auch die Vereine einbezogen werden? Das Geld ist offenbar da. Fehlt es am Willen? *Tanja Bauder-Wöhr*

Wehrda: Verkehr am runden Tisch

Marburger Linke engagiert sich für Verkehrsentslastung

In Wehrda gibt es einen Runden Tisch zum Thema Verkehrsbelastung mit Vertretern der Stadt, der Diakonie, der zwei Bürgerinitiativen und je einem Parteienvertreter des Ortsbeirates (OBR). Die Marburger Linke brachte die Situation im Oberweg zur Sprache. Die Ansiedlung des ärztlichen Notdienstes für Stadt und Kreis am Diakonie-Krankenhaus, zahlreiche Besucher des Wirbelsäulenzentrums und der Individualverkehr im Kaufpark in Wehrda verursachen viel Lärm, Abgase und Schäden. Hier muss eine deutliche Entlastung geschaffen werden. Bei einem Ortster-

min Mitte Juni wird geprüft, ob ein Abfluss der Pkw über den Ausbau eines Verbindungsweges zwischen „Oberweg“ und „Im Hain“ möglich ist. Für RadfahrerInnen und FußgängerInnen wäre auch eine entlastende Brücke über die Lahn zum Lahntalradweg denkbar.

Das sind aber noch keine grundsätzlichen Änderungen. Die Marburger Linke regt an, Umgehungen, bessere, beziehungsweise kostenlose ÖPNV-Verbindungen wie in anderen Städten und Schallschutz an der B 3 zu prüfen. Es darf nicht alles am Kostenargument scheitern.

Johannes Linn



Foto: Patricia Kutsch

▲ Marburger Linke wirbt für Ausweitung der öffentlichen Badebetriebszeiten in Wehrda: Ortbeiratsmitglied Johannes Linn (l.), Stadtverordnete Jan Schalauske (M.) und Tanja Bauder-Wöhr (r.)

Links wirkt

Erfolgreiche Initiativen der Marburger Linken in der Stadtverordnetenversammlung

Marburg für Vermögenssteuer

Als erste Kommune ist Marburg dem parteiübergreifenden Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ beigetreten. Eine Steuer von beispielsweise einem Prozent auf das Nettovermögen oberhalb eines Freibetrags von 500.000 Euro für einen Familienhaushalt würde der öffentlichen Hand etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen. Damit könnten nicht nur die kommunalen Finanzen gestärkt, sondern auch in Marburg ansässige Milliardäre angemessen zur Kasse gebeten werden.

Sozialplanerin eingestellt

Zwei Jahre nachdem die Marburger Linke die Mittel für eine/n SozialplanerIn im Doppelhaushalt 2010/2011 durchgesetzt und die Ausschreibung der Stelle beantragt hatte, ist sie im März 2012 besetzt worden. Es ist zu hoffen, dass dadurch künftig genauere Informationen über die Marburger Sozialstruktur und über die Entwicklung und Ausbreitung von Armut der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden.

Symposium gegen Todesstrafe

Am 22. September findet unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters Egon Vaupel ein eintägiges Symposium gegen die Todesstrafe im Stadtverordnetenversammlungssaal statt, das vom Antifa-Ratschlag veranstaltet wird.

Die Veranstaltung geht auf einen Antrag der Marburger Linken von 2010, durch den Marburg dem Städtebündnis gegen die Todesstrafe beigetreten ist, und einen weiteren Antrages von 2011 zurück.

Klinikum entprivatisieren

Die Stadtverordnetenversammlung forderte am 30. März die Landesregierung auf, die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM) rückgängig zu machen. Dem Antrag der Linken stimmten auch SPD, Grüne und Piraten zu.

McDonalds spart sich Toilette

Der neue McDonalds im Hauptbahnhof hat auf Toilettenanlagen verzichtet, da seine Gäste die des Bahnhofs mitbenutzen könnten. Die sind aber kostenpflichtig. Deshalb hat die StVV gefordert, auf die Deutsche Bahn einzuwirken, mindestens für die BesucherInnen der dortigen Gastronomie unentgeltliche Toilettennutzung im Bahnhofsgebäude zu ermöglichen. Bei dem Antrag der Marburger Linken enthielten sich CDU und FDP.

Kein Verkauf der Nassauischen

Gegen die Stimmen von CDU und FDP lehnte die StVV im Februar auf Antrag der Linken, „die Pläne der Hessischen Landesregierung, die Nassauische Heimstätte zu verkaufen, deshalb entschieden ab und unterstützt den Protest gegen dieses Vorhaben“. Die StVV stellte fest, „dass die Wohnraumversorgung eine Aufgabe der sozialen Infrastruktur darstellt und deshalb elementarer Bestandteil der Landespolitik sein muss“. *Nico Biver*

Nazis unter der Lupe

DIE LINKE verlangt Studien zu NS-Vergangenheit und Rechtsradikalismus im Landkreis

Rechtsradikalismus war lange ein von den Medien stark vernachlässigtes Thema. Man tat so, als gäbe es Übergriffe auf MigrantInnen, Andersdenkende und Linke nicht. Erst nachdem im November 2011 bekannt wurde, dass eine Zwickauer Terrorzelle bundesweit zehn Morde an Menschen mit Migrationshintergrund und an einer Polizistin begangen hatte, wachte die Öffentlichkeit auf.

Dass es auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf rechtes Gedankengut gibt, belegt unter anderem der Brandanschlag in Dautphetal vom 19. Februar 2008, als das Wohnhaus einer türkischen Familie angezündet und das Wort „HASS“ mit SS-Runen an die Hauswand geschmiert wurde. Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Gräbern, Parkbänken oder Bahnhöfen zählen im gesamten Landkreis zum Dorf- und Stadtbild. In Goßfelden kam es nach Übergriffen von verummten Nazis zur Gründung des „Bürgerforum gewaltfreies Lahntal“ und 2010 zu einer antifaschistischen Demonstration. Im Januar 2012 wurde in Roth mit einer Menschenkette gegen die Schändung des jüdischen Friedhofs am Geiersberg protestiert.

Als aber die LINKE im Mai 2012 den Vorschlag einbrachte, der Kreis möge eine Tagung mit Workshops zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Landkreis Marburg-Biedenkopf unter dem Motto „Wir tun was!“ durchführen, lehnten allen anderen im Kreistag vertretenen Parteien dieses Vorhaben ab. Hier wurde wohl nach dem Motto verfahren: Wir sind gegen Rechtsextremismus, aber konkret wollen wir nichts tun.

Dennoch versucht Die LINKE im Kreistag, den Rechtsextremismus immer wieder zu thematisieren – nicht ganz ohne Erfolg. So stellte sie bereits im Juni 2011 einen Antrag zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Kreistagsabgeordneten in den Altkreisen Marburg und Biedenkopf. Doch eine öffentliche Debatte und Abstimmung zu

diesem Antrag wurde von der Koalition aus CDU, Grünen und Freien Wählern sowie der SPD verhindert – der Antrag wurde in den Ältestenrat verschoben. Erst nach Ablauf eines Jahres wurde beschlossen, die geforderte Studie von Prof. Hubert Kleinert, einem ehemaligen Kreistagsabgeordneten der GRÜNEN, und Studierenden an der Hoch-

schule für Polizei und Verwaltung in Gießen ehrenamtlich durchführen zu lassen.

Monatlang verschleppt wird auch ein weiterer Antrag der LINKEN, in welchem die gegenwärtigen rechtsextremen Tendenzen im Landkreis untersucht werden sollen. Seit Dezember vergangenen Jahres prüft der Kreisausschuss nun, ob man es sich leisten kann, eine Studie mit diesem Schwerpunkt zu erstellen. Zustimmung ist bislang noch nicht signalisiert worden. Die LINKE wird aber dran bleiben.

Anna Hofmann, Bernd Hannemann



Foto: Nico Biver

▲ Protest gegen Attacken von Neonazis im April 2010 in Goßfelden

Rückkehr zum Stundentakt?

Kreistag stimmt für verbessertes Zugangebot

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2009 hat sich für viele Fahrgäste in Mittelhessen das Nahverkehrsangebot auf der Main-Weser-Bahn deutlich verschlechtert. Die Fahrgäste leiden unter gestrichenen Verbindungen, weggefallenen Zughalten, schlechteren Anschlussverbindungen und einem aus dem Takt geratenen Fahrplan. Hauptursache für diese negativen Entwicklungen ist die Intercitylinie Hamburg-Karlsruhe, bei der die Abfahrtszeiten der Züge um eine halbe Stunde versetzt wurden und dadurch den Schlamassel auslösen.

Die Initiative „Main-Weser-Bahn im Takt“ bündelt den Protest und die Beschwerden der Fahrgäste im Nahverkehr und will die Verschlechterungen rückgängig machen. Ziel ist ein sauberer Stundentakt von schnellen Nahverkehrsverbindungen zwischen Mittelhessen und dem Rhein-Main-Gebiet.

Diesbezügliche Vorschläge des Fahrgastverbandes Pro Bahn & Bus würden auch für Kirchhain, Stadtallendorf, Neustadt und Schwalmstadt eine Rückkehr zum Stundentakt ermöglichen. Weit über 200.000 potentielle Nahverkehrskunden im Landkreis Marburg-Biedenkopf und in den angrenzenden Landkreisen profitieren von den vorgeschlagenen Verbesserungen.

Daher ist es folgerichtig, dass die Stadtverordneten der Universitätsstadt Marburg in der Februarsitzung den Vorschlägen zustimmte. Im Kreistag wurde auf Initiative der Fraktion DIE LINKE eine aktuelle Stunde durchgeführt, in der sich ebenfalls eine Unterstützung für das Vorhaben abzeichnete.

Widerstand gegen das Vorhaben kommt von vier Bürgermeistern aus dem Südkreis und aus dem Landkreis Gießen, für die sich das Zugangebot leicht verschlechtern würde.

Hajo Zeller

Termine

■ Kreistagsitzung

Fr., 22. Juni, 9.00 Uhr, Kreishauses Marburg-Cappel

■ Fest der Linken

mit: Bleu Broode, Bo Wimmer, Back to Back, Sabine Leidig (MdB), Uli Wilken (Vorsitzender)
So., 24. Juni, 16.00-21.00 Uhr

■ Stadtverordnetenversammlung Marburg

Fr., 29. Juni, 16.00 Uhr, Sitzungssaal, Barfußstr. 50

■ Ringvorlesung „Konflikte in Gegenwart und Zukunft“:

■ Großmachtinteressen und Israel/Palästina-Konflikt

Prof. Dr. Rolf Verleger (Lübeck)
Mo., 2. Juli, 18.30 Uhr, Hörsaalgebäude, Biegenstr., Raum 116

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw.

Käte-Dinnebier-Saal

DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg
Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke, Fraktion und Liste**, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, mittwochs, 20.00 Uhr

sds.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr
www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantwortl.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 13.6.2012

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf

Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg

Tel. 06421-163873, Fax 176618

info@die-linke-marburg.de

www.die-linke-marburg.de

Das Letzte

Gezerre um die Alte Schule

Dass Ockershausen ein Gemeinschaftsaus braucht, ist unbestritten. Seit Jahrzehnten ist die Alte Schule, ausgebaut mit viel ehrenamtlichem Engagement, Zentrum des Lebens im Stadtteil. Nun aber ist sie in die Jahre gekommen und muss dringend renoviert werden. Die Anträge aus dem Ortsbeirat, die Stellungnahmen der Vereinsgemeinschaft, die Zusagen aus dem Magistrat könnten Bände füllen. Dennoch geschieht nichts. Selbst der Ortsvorsteher (SPD) stimmt mal für den Umbau, im Stadtparlament aber gegen die Mittel. In Ockershausen fragt man sich, was da los ist. Gibt es bereits andere Pläne in den Schubladen von Rot-Grün?

reb

Feiern ohne Nazis

Der Magistrat hat empfohlen, den schon lange umstrittenen Marktfrühshoppen ausfallen zu lassen. Abgesehen davon, dass Korporierte eine winzige Minderheit unter den Studierenden sind – sie haben das Fest längst verdorben. Jahrelang haben der Antifaschistische Ratschlag, das Projekt Konservatismus und Wissenschaft e. V. und die Marburger Linke auf die Verquickungen zwischen Burschenschafter- und Neonaziszene hingewiesen, waren die Veranstalter vergeblich aufgefordert worden, eindeutig festzustellen, dass Rheinfranken, Normannia-Leipzig und Germanen beim Marktfrühshoppen nicht willkommen sind. Wenn man verhindern will, dass rechts-extreme Burschenschafter das Fest benutzen, um sich als harmlos-unpolitisch darzustellen, gibt es nur eine Lösung: ersatzlose Streichung des Marktfrühshoppens ein für alle Mal. Für BürgerInnen und Studierende aus aller Welt gibt es in Marburg genug schöne Feste, die sie zusammen feiern können - ohne Nazis.

Eva Chr. Gottschaldt

Chance für Aufbruch

Göttinger Parteitag der LINKEN

Allen Unkenrufen zum Trotz: In Göttingen ist DIE LINKE nicht unter die Räder gekommen. Im Gegenteil, sie hat mit der Wahl des Parteivorstandes den Grundstein für einen neuen Aufbruch gelegt.

Nach dem bedauerlichen Rückzug von Oskar Lafontaine steht nun eine neue, jüngere Generation an der Spitze der Partei. Die sächsische Bundestagabgeordnete Katja Kipping und der Stuttgarter Gewerkschafter Bernd Riexinger, der sich knapp gegen Dietmar Bartsch durchsetzte, lassen sich nicht in enge Lagerschubladen einsortieren. Beide treten für eine neue innerparteiliche Kultur ein, die Gemeinsamkeiten betont.

RednerInnen aller Strömungen betonten in Göttingen, dass DIE LINKE nur als gesamtdeutsche und pluralistische Partei erfolgreich sein könne.

Selbstverständlich bleiben Differenzen. So unterscheiden sich Bedeutung und Funktion der LINKEN in Ost und West. Zu Recht mahnte Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender im Bundestag, eine größere Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Positionen innerhalb der Partei an. Ihm folgte Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender im Saarland, der unter großem Beifall der Delegierten an die Geschichte der Arbeiterbewegung erinnerte. Diese habe



▲ Neue Vorsitzende: Katja Kipping und Bernd Riexinger

sich an den zentralen Fragen wie Krieg oder Frieden, Abbau oder Aufbau des Sozialstaates gespalten. Solche grundlegenden Differenzen gebe es in der LINKEN nicht. Einen Beleg dafür liefert zweifelsohne das Erfurter Programm, welches vor wenigen Monaten fast einmütig beschlossen worden war.

Was ist von dem neuen Vorstand zu erwarten? Bernd Riexinger steht für eine kämpferische und bewegungsorientierte LINKEN, die sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden, für die Interessen von Beschäftigten und gegen Niedriglöhne und Demokratieabbau einsetzt. Mit Katja Kipping verbindet sich die Chance, dass sich die Partei noch stärker ökologischen und feministischen Fragestellungen öffnet. Seit Jahren engagiert sich die Sächsin zudem gegen die entwürdigende Drangsalierung von Erwerbslosen. Beide plädieren für eine Intensivierung innerparteilicher Demokratie und für eine Öffnung in die Gesellschaft.

In diesen turbulenten Wochen feiert DIE LINKE ihren fünften Geburtstag. Gegründet als gesamtdeutsches Projekt mit dem Ziel, diese Gesellschaft grundsätzlich zu verändern. Ihre Mitglieder streiten dafür, die Lebensbedingungen der Menschen im Hier und Jetzt konkret zu verbessern. Und sie halten fest, an dem großen Menschheits-

traum einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus. Für DIE LINKE gibt es noch viel zu tun.

Jan Schalauske

Linke OB in Eisenach

Katja Wolf an Spitze der Marburger Partnerstadt



Bei den Kommunalwahlen in Thüringen hat DIE LINKE ihr Ziel, mindestens ein

Landratsmandat zu erringen, weit übertroffen. Drei Landrätinnen und eine Oberbürgermeisterin – Katja Wolf in Eisenach – standen nach den Stichwahlen am 6. Mai zu Buche. Voraussetzungen für diesen Erfolg waren eine erfolgreiche kommunalpolitische Arbeit der LINKEN und ein taktischer Coup: Erstmals gelang es, für die Stichwahlen ein Abkommen mit der SPD zu treffen, jeweils die KandidatInnen der anderen Partei zu unterstützen.

In Eisenach war der bisherige SPD-Oberbürgermeister Matthias Doht (SPD), der 2006 mit Unterstützung von LINKEN und Grünen gewählt worden war, aber anschließend einer Koalition aus SPD und CDU vorstand, beim ersten Wahlgang nur auf Platz 3 gelandet. Die Eisenacher SPD unterstützte entgegen der Empfehlung der Landes-SPD im zweiten Wahlgang den CDU-Kandidaten Raymond Walk.

Es half aber nicht. Die 36jährige Landtagsabgeordnete Katja Wolf konnte ihren Stimmenanteil von 24,4 auf 51,6 Prozent steigern. Das hatte auch sie nicht erwartet.

Die Marburger LINKE hat Wolf viel Erfolg und Kraft in ihrem neuen Amt gewünscht. Die wird sie auch brauchen, denn sie steht einer hoffnungslos verschuldeten Kommune, die unter Zwangsaufsicht steht, vor und muss sich im Stadtrat gegen eine große Koalition aus CDU, SPD und Freien Wählern durchsetzen.

Nico Biver

DIE LINKE in Aktion für's UKGM



▲ Mit einer Schilderaktion warben am 11. Juni Mitglieder der LINKEN an der Zufahrt zum Klinikum für dessen Rückkehr zum Land

Foto: Nico Biver